

Oskar Weggel

Die Reformen in der Sowjetunion und in China

- Parallelen, Unterschiede und gönnerhafte Kommentare Beijings -

Gliederung:

1. Ausgangslage in beiden Gesellschaften
2. Reform-Parallelen
 - 2.1. Ähnlichkeiten
 - 2.2. Unterschiede
3. Gönnerhafte Kommentierung der Gorbatschow-Reformen von chinesischer Seite
 - 3.1. Anlässlich von Besichtigungen: Die Reformen in der UdSSR: bloße China-Kopien?
 - 3.2. Ein Bericht der Akademie für Sozialwissenschaften
 - 3.3. Kommentierung anlässlich der All-unioniskonferenz
 - 3.4. Personaländerungen
4. Vier Gründe, warum den Chinesen Reformen weniger schwerfallen als den Sowjets
5. Beurteilung der Chancen des sowjetischen Reformkurses

1. **Ausgangslage in beiden Gesellschaften**
In der Vor-Deng- und Vor-Gorbatschow-Zeit hatten sich China und die Sowjetunion noch gerühmt, von den Krankheiten des Kapitalismus nicht befallen zu sein: Angeblich gab es keine Arbeitslosigkeit, keine Inflation, keine Betriebszusammenbrüche und keine Außenhandlungsungleichgewichte.

Freilich wurde die schöne Kosmetik mit schweren inneren Störungen erkaufte - man denke an den leistungstörenden Egalitarismus, an die übermäßige Subventionierung einiger weniger leistungsfähiger Betriebe, an die katastrophalen "Disproportionen" zwischen Schwerindustrie und Leichtindustrie sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft, an die Wohnungsnot und an den technologischen Rückstand, der durch die Abschottung vom Weltmarkt verursacht war. Seit die Innovationen weltweit ein immer höheres Tempo angenommen hatten, fühlte man sich in China und in der UdSSR immer mehr in Rückstand geraten - und es war nur eine Frage der Zeit, bis die Forderung nach Strukturreformen im Inneren und nach Öffnung der Türen zur Außenwelt aufkommen würden.

In vielen Punkten waren beide Volkswirtschaften gleichgelagert - man denke an die Ein-Parteien-Herrschaft, an die "Überzentralisierung" der Lenkung nicht nur im administrativen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich, an die zentralisierte Planung, an das bei weitem überwiegende staatliche Eigentum an allen wichtigeren Produktionsmitteln, an die Kollektivierung der Landwirtschaft, an den institutionalisierten Handel, an die vorfixierten Preise, an das Außenhandelsmonopol u.dgl. Beiden war auch gemeinsam, daß ihre Wirtschaften zu stagnieren begannen - die der VR China angesichts der chaotischen maoistischen Kulturrevolution, die der Sowjetunion als Folge einer zunehmenden Totenstarre unter Breschnews Führung (technologischer Rückstand).

Man kam hier wie dort zur Einsicht, daß den Betrieben mehr Freiheit gelassen werden müsse und daß mehr Markt erforderlich sei. Bejahte man freilich den Markt, so mußte man auch seine Folgen in Kauf nehmen - d.h. mögliche Arbeitslosigkeit, Betriebszusammenbrüche und Außenhandlungsschulden.

Sowohl die chinesischen als auch die sowjetischen Reformer konnten zur Rechtfertigung ihrer Umkämpfungsversuche auf die Neue ökonomische Politik Lenins hinweisen. Während Lenin die NEP freilich nur als vorübergehende Maßnahme zugelassen hatte, geht es heute um eine auf lange Sicht angelegte strukturelle Veränderung, die im übrigen auch eine Neuinterpretation des Marxismus nach sich zieht (Näheres unten).

2. Reformparallelen

2.1. Ähnlichkeiten

Die allergischen Punkte, bei denen die Reformer hier wie dort ansetzen zu müssen glaubten, ähneln sich so sehr, daß man sich fragt, wer hier wen nachgeahmt hat. Zwar scheinen die Chinesen zeitlich vorangegangen zu sein - und sie lassen dies in ihren Verlautbarungen auch immer wieder durchblicken -, doch waren die Reformdiskussionen bereits in den sechziger Jahren in ganz Osteuropa im Gange gewesen, dort allerdings - man denke an die CSSR Dubceks! - auch wieder gewaltsam unterdrückt worden. Immerhin aber hatte sich ein solider Vorrat an Reformvorstellungen herausgebildet, aus dem sich auch die Chinesen bedienen konnten.

Hier nun die wichtigsten "Akupunkturpunkte" der Reformen:

- Im Wirtschafts- und Sozialbereich stand an erster Stelle die Betriebsreform. Zu regeln waren hier Fragen der Betriebsautonomie im Bereich der Organisations- und Personalpolitik, der Rohstoff- und Kreditbeschaffung, der Betriebsplanung, der Gewinnverteilung, des Wettbewerbs, der öffentlichen Ausschreibung sowie des Betriebskonkurses.

Mit zu den schwierigsten Vorhaben gehörte in beiden Ländern die Preisreform. Das bisher so starre und von

Machtgesichtspunkten (hie starke Industrieministerien, dort schwache Landwirtschaftsbetriebe) bestimmte Preisgefüge sollte durch flexiblere Mechanismen ersetzt werden - ein Vorhaben, über dem allerdings von Anfang an das Damoklesschwert der Preisinflation schwebte, da in beiden Volkswirtschaften knappes Güterangebot herrschte, d.h. jeweils ein "Verkäufermarkt" vorhanden war.

Die Handelsreform sollte nach dem Grundsatz "Drei mehr, eins weniger" durchgeführt werden: Vielfältige Wirtschaftsformen (z.B. staatliche, kollektive und individuelle sowie Misch-Betriebe), vielfältige Zirkulationskanäle, (z.B. Getreide-, Wohnungs-, Dienstleistungs- und Konsumgütermärkte), vielfältige wirtschaftliche Methoden (vor allem Privathandel und -handwerk) sowie weniger "Bürokratie" standen von Anfang an auf der Zielliste.

Bei der Arbeitsreform galt es, das rigorose staatliche Arbeitskräftezuweisungssystem, wie es beiderseits jahrzehntelang gehandhabt worden war, durch biegsamere Einstellungs- und Entlassungsregelungen zu ersetzen, wobei die "Erbhof"-Tradition (Ein Arbeitsplatz geht vom Vater auf den Sohn über) abgeschafft werden sollte.

Bei der Finanzreform ging es hauptsächlich um eine Neudefinition der Einnahmen und Ausgaben. In Zukunft sollten Betriebe ihren Geldbedarf nicht mehr durch Subventionen, sondern durch Kredite abdecken. Ferner sollten die Betriebe das Recht zu einer partiellen Einbehaltung der von ihnen erworbenen Devisen erhalten.

Die Steuerreform zielte hauptsächlich darauf ab, die bisherige Gewinnablieferung durch Steuerzahlung zu ersetzen. Die Bankenreform sollte auf eine Zweiteilung des staatlichen Bankenapparats in Zentralbank (Globalsteuerung) und in Geschäftsbanken erfolgen, die Kredit-, Treuhand- und Investitionsaufgaben übernehmen sollten.

Die Planungsreform zielt auf Ersetzung der überkommenen und häufig allzu engmaschigen "imperativen" durch großzügiger formulierte indikative Rahmenpläne ab - weg von der stalinistischen Planungstechnik und hin zu Rahmenvorgaben, innerhalb deren für betriebliche Entscheidungen noch genügend Platz war.

Neben der Modernisierung des Wirtschaftssystems sollte auch die politische Modernisierung, vor allem die "Demokratisierung", nicht zu kurz kommen, da hier wie dort die "Machtüberkonzentration" bei einzelnen Parteistellen als Hauptübel diagnostiziert werden mußte. Reform des Kadersystems (Wahl, Absetzung, Überprüfung), weiterer Ausbau des Rechtssystems, Stärkung der Volkskongresse durch Direktwahlen, striktere Trennung von Partei- und Verwaltungszuständigkeiten, Dezentralisierung von Verwaltungsbefugnissen standen hier wie dort im Vordergrund. Die Trennung zwischen Partei und Verwaltung/Management wurde zum Hauptthema in Moskau und Beijing.

Mit der Systemreform ging eine Verwaltungsvereinfachung sowie eine großangelegte Säuberung des Kaderapparats Hand in Hand - stets mit dem Ziel, reformfeindliche Elemente auszumerzen.

2.2.

Unterschiede

Weitaus weniger Mut als China zeigt die Sowjetunion im Außenwirtschaftsbereich. Fast alles, was die VR China seit 1979 an rechtlichen Bestimmungen über den Aufbau von Joint Ventures erlassen hat, erschien in der Sowjetunion jahrelang schlechthin als Häresie und als Verrat am Geiste des Marxismus. Als die Sowjets jedoch beobachten konnten, wie China mit seiner neuen Politik eine Fülle ausländischer Interessenten, vor allem aber ausländisches Kapital und Know-how anlocken konnte, änderte sich die kritische Tonlage. Man mußte zur Kenntnis nehmen, daß es 1980 nur zwei Gemeinschaftsunternehmen, Mitte 1987 dagegen bereits 7.800 gab - darunter auch Firmen, die ausschließlich in ausländischem Eigentum verblieben.¹ 80% dieser Gemeinschaftsunternehmen waren freilich von Auslandschinesen mitbegründet worden - also einer Gemeinde, wie sie der Sowjetunion nicht zur Verfügung steht. Darüber hinaus hatte China selbst außerhalb seiner eigenen Grenzen 277 Unternehmen aufgebaut.

Die Sowjets, die zum ersten Mal seit 1920 i.J. 1986 Ausländer zur Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen einluden, konnten bis Ende 1987 nur zwanzig Joint-Venture-Vereinbarungen unter Dach und Fach bringen.

Dies hing nicht zuletzt mit den weitaus strengeren Anforderungen Moskaus zusammen. Während Beijing Auslandsbeteiligungen über 51% heutzutage ohne Wimpernzucken zuläßt (bis Ende 1987 existierten bereits 130 hundertprozentige Ausländerfirmen!), endet in der Sowjetunion der ausländische Anteil bei 49%. Ferner gibt es in der UdSSR keine Sonderwirtschaftszonen, wie sie auf chinesischem Boden inzwischen selbstverständlich sind - man denke vor allem an Shenzhen vor den Toren Hongkongs.

Auch bei der Entsendung von Auslandsstudenten hat sich die chinesische Führung als mutiger erwiesen. Im Zeitraum 1986/87 schickte sie immerhin 40.000 Studenten ins Ausland, darunter 20.000 in die USA - ein nicht unbedenkliches Unterfangen, da man befürchten muß, daß viele der Studenten entweder nicht oder aber höchst kritisch eingestellt zurückkehren.

Auch beim Umgang mit der Ideologie zeigen sich die Chinesen unbefangener als die Sowjets, indem sie nämlich eine neue Etappe auf dem Streckenabschnitt zwischen "Kapitalismus" und "Sozialismus" eronnen haben, nämlich das Stadium der "sozialistischen Warenwirtschaft", das, wie beim XIII. Parteitag (1987) nachträglich betont wurde, gerade erst begonnen habe: Man stehe erst ganz am Anfang dieser Zwischenetappe und werde den reifen Zustand des Sozialismus wohl kaum vor 2049, dem 100. Geburtstag der VRCh, erreicht haben - eine Perspektive, die Aussagen über den Sozialismus außerordentlich unverbindlich erscheinen läßt!

Man wird zweifeln müssen, ob die sowjetische Führung genauso kühn umdisponieren kann!

3.

Gönnerechte Kommentierung der Gorbatschow-Reformen von chinesischer Seite

Mancher Erfahrungsbericht chinesischer Delegationen vermittelt den Eindruck, als durchliefen die Beobachtungen ein ausschließlich chinesisches Raster, und als bliebe alles, was nicht in das Prokrustesbett der mitgebrachten Schablonen paßt, unbeachtet.

3.1.

Anläßlich von Besichtigungen: Die Reformen in der UdSSR: bloße China-Kopien?

Hier das Beispiel einer Visite des Chinesischen Journalistenverbandes im August 1987 in der UdSSR. Von drei Besichtigungen wurde dabei berichtet.

- In der staatseigenen Rinderfarm im Bezirk Mogis (Georgische SSR) sei 1985 das "Vertragssystem" eingeführt worden. Bereits ein Jahr später habe die Rindfleischproduktion von 3.200 auf 3.600 t und der Gewinn um 4,7 Mio. US\$ zugenommen. Aufgrund der vertraglichen Abmachungen mit den staatlichen Stellen habe der Betrieb 75% der Einnahmen als Produktionsfonds einbehalten, während die restlichen 25% in Form von Löhnen oder Wohlfahrtsmaßnahmen an die Arbeiter verteilt wurden - ein für die Betriebsangehörigen unmittelbar einsehbares, weil an ihre Leistung gekoppeltes Zusatzeinkommen!

- Ebenfalls in der Georgischen SSR wurde 1983 das Vertragssystem auf Haushaltsbasis mit den Hirten der dortigen Gebirgsgegenden eingeführt - mit dem Ergebnis, daß die Viehproduktion zwei Jahre später bereits um 50% gestiegen war und sich das Einkommen von 1.500 auf 3.400 Rubel erhöht hatte.

- In der Stadt Togliatti wurde das Wolga-Autokombinat besucht, in dem 1985 versuchsweise ein Programm der Selbstfinanzierung und der Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust angelaufen ist. In dem Kombinat stellen 100.000 Beschäftigte jährlich 720.000 Pkws der Marke "Lada" her, die zu 40% für den Export bestimmt sind. Der Gesamtgewinn des Kombinars wird nicht mehr, wie noch vor 1985, dem Staat ausgehändigt, sondern dreifach verteilt: 47,5% gehen an den Staat, 5% an das Ministerium für Automobilindustrie und 47,5% verbleiben beim Kombinat, können hier also z.T. leistungsgerecht an die Arbeiter verteilt werden. Ferner erhielt das Kombinat 1986 die Erlaubnis, seine Pkws direkt zu exportieren und einen Teil der Devisen aus dem Export einzubehalten.

Weil ihre persönlichen Interessen in dem neuen System direkt mit der Produktion verbunden seien, habe sich das Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter und Angestellten sichtbar erhöht: Habe man früher 15 Jahre für die Entwicklung eines neuen Autotyps gebraucht, so seien es jetzt nurmehr 5 Jahre. Allerdings gebe es immer noch Probleme mit den rd. 2000 Zulieferbetrieben, die immer noch nach dem alten System arbeiteten. Um hier ein Syntagma herzustellen, werde auch dort in nächster Zeit das Selbstverantwortungsprinzip eingeführt.

Überall sei der Kampf gegen die "konservative Denkweise, die Trägheit und die Gleichmacherei" in vollem Gange. Der von Parteisekretär Gorbatschow im April 1985 erstmals eingeführte Begriff "Glasnost" (Öffnung, gonghaixing)² sei ein "wichtiger Bestandteil der sozialistischen Demokratisierung". Da der Geist des Glasnost lange Zeit keine Beachtung fand, habe sich der Bürokratismus breit machen können, der dem Volk ungeheure Verluste eingebracht habe. So gesehen, sei die Einführung von Glasnost gegen die Bürokratie gerichtet. Das Volk müsse sich seiner Rolle als Herr der Betriebe wieder bewußt werden und seine Kräfte im Sinne persönlicher Verantwortung und sozialistischer Disziplin entfalten können.

Ganz erheblich komme es in diesem Zusammenhang auf die Einstellung der Kader an, die sich wieder als Diener des Volkes zu verstehen hätten. Gegen ihre Reformfeindlichkeit würden demnächst mehr als 60% der Kader auf Ministerebene, 35-40% der Kader auf Republik- und Provinzebene und ein Drittel der Kader im städtischen Sowjet von Moskau ihrer Ämter enthoben.³

"Vertragssystem", "Selbstverantwortung der Betriebe", Kaderdisziplinierung wegen mangelnder Reformbereitschaft - all dies sind Begriffe, die in der chinesischen Politik seit Anfang der achtziger Jahre tagtäglich praktiziert und mehr noch: verbalisiert werden.

3.2.

Ein Bericht der Akademie für Sozialwissenschaften

Wie gern die Chinesen die Reformmaßnahmen in der Sowjetunion als identisch mit ihren eigenen betrachten, geht auch aus einem anderen Bericht über die "Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion" hervor, der von Chang Tiegang, einem Mitglied der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften verfaßt ist.

Ohne Reformen geht es nicht - dies ist das Motto. Die Sowjetwirtschaft sei bei den Denkansätzen der dreißiger Jahre steckengeblieben - mit der Folge, daß es seit Ende der siebziger Jahre ständig bergab ging. Das Nationaleinkommen, der industrielle Bruttoproduktionswert und die Arbeitsproduktivität hätten 1979 nurmehr 77% bzw. 80% bzw. 40% der entsprechenden Werte

in den USA ausgemacht. In manchen Bereichen der Spitzentechnologie sei die UdSSR hoffnungslos gegenüber den meisten Ländern der westlichen Welt zurückgeblieben.

Gorbatschow, der sein Amt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 angetreten hatte, habe bereits im April sein unter dem Stichwort "Glasnost" und "Perestroika" stehendes Reformprogramm vorgetragen und beim XXVII. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1986 seine "Strategie zur Beschleunigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung" sowie die "Leitsätze für die grundlegende Reform der Wirtschaftsstruktur" präsentiert. Im Januar 1987 seien die neuen Kadergrundsätze und im Juni 1987 die konkreten Maßnahmen für die Wirtschaftsreform bekanntgegeben worden. Schon bald hätten sich freilich die ersten Widerstände geregt. Der Sturz des "Vorreiters" der Reform, Boris Jeltsin, sei ein "kritischer Wendepunkt" im Kampf gegen die konservativen Kräfte gewesen.

Das Hauptübel der Sowjetwirtschaft wird mit den gleichen Worten diagnostiziert wie dasjenige der früheren chinesischen Wirtschaft - "Überkonzentration der Macht". Auch der Gorbatschowsche Therapiekatalog erinnert in der Darstellung Zhangs fast wörtlich an den Zehn-Punkte-Beschluß des ZK der KPCh vom Oktober 1984.

- Ersetzung der Direktplanung durch Rahmenplanung: Anstelle der alten Imperativpläne sollen Indikativpläne treten, die den einzelnen Betrieben mehr Entscheidungsfreiheit lassen.

- Betriebsautonomie: Die Betriebe sollen nicht mehr länger "Anhängsel des Staates" sein, sondern Eigenverantwortung erhalten - also: Trennung des Eigentums- vom Bewirtschaftungsrecht und Einführung der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung. Betriebe sollen künftig also Material und Geldmittel selbst beschaffen und unabhängige Pläne ausarbeiten und ausführen dürfen.

- Umformung des Preissystems. Als Hauptproblem wird - ähnlich wie in China - das Auseinanderklaffen von Preis und Wert hervorgehoben - mit der Folge, daß es zu gewaltigen Preissubventionen kommt (allein jedes Jahr 57 Mrd. Rubel für Fleisch und Milch, die die Staatskasse schwer belasteten).

Das bisherige starre Preissystem müsse durch ein flexibles System ersetzt werden, das dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand, der Wirtschaftseffizienz, der Qualität der Produkte und dem Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot Rechnung trägt. Anstelle der starren Preise und der Preissubventionen solle nach und nach ein System vertraglich festgelegter Preise eingeführt werden.

- Im Bereich der Materialversorgung soll anstelle der zentralisierten Zuteilung technischer Ausrüstung und Materialien ein auf Marktgesetze reagierender Produktionsmittelgroßhandel eingeführt werden.

- Auch im Bereich der Finanzen und Kredite sollen Mittel nicht mehr nach starren Gesichtspunkten, sondern nach Kriterien wirtschaftlicher Effizienz zugeteilt werden.

- In der Landwirtschaft sollen die Kolchosen zu eigenständigen Rechnungseinheiten werden, die ein "vertragsgebundenes Verantwortungssystem auf der Basis der Kollektive oder der Haushalte" einführen. D.h., zwischen Staat und Kollektiv sowie zwischen Kollektiv und Haushalten oder zwischen Kollektiv und einer Mehrheit von Bauern sollen Verträge abgeschlossen werden, in denen die Produktions- und Verteilungsbeziehungen neu geregelt werden - auch dies eine Praxis, die in China schon seit 1979 vorexerziert wird!

- Wissenschaft und Technologie sollen aus ihrem Elfenbeinturm heraustreten und mit der Produktion kurzgeschlossen werden. Forschungsinstitut und Produktionsbetrieb sollen m.a.W. Verträge miteinander schließen, die dem gegenseitigen technologischen und materiellen (!) Vorteil dienen, und die damit dem Prinzip der Leistung und der "materiellen Anreize" neuen Antrieb verleihen.

- Im Bereich des Lohnsystems sollen die Löhne unmittelbar an die Leistung gekoppelt werden. Überdies solle ein neues - und flexibles -Prämiensystem der bisherigen Gleichmacherei ein Ende bereiten.

- Um die Selbstverwaltung der Betriebe nicht der Kaderwillkür anheimzustellen, sei eine verstärkte Gesetzesherrschaft nötig, die die Personenherrschaft in den Hintergrund dränge. Gleichzeitig müsse eine Kaderreform stattfinden, bei der die Haltung des einzelnen gegenüber der Reform das Hauptbeurteilungskriterium abgebe.⁴

3.3.

Kommentierung anlässlich der Allunionskonferenz

Besonders positiv fiel die chinesische Kommentierung zur 19.Allunionskonferenz Anfang Juli 1988 aus - der ersten ihrer Art seit 47 Jahren, die mit dem überkommenen politischen System radikal ins Gericht gegangen sei. In einem "Brief aus der Sowjetunion" von Fang Rongxuan, der in der *Volkszeitung*⁵ abgedruckt war, ist davon die Rede, daß die Sowjetunion künftig einen klaren Trennungsstrich zwischen Partei- und Regierungsfunktionen ziehen wolle, daß sie die Einführung eines Wahlsystems sowie eine Begrenzung der Amtszeit von Partei- und Staatsführern plane, und daß sie ihr Rechtssystem perfektionieren wolle, um auf diese Weise dem Prinzip des Glasnost (chines.: gongkai xing) zum Durchbruch zu verhelfen und vor allem die sozialistische Demokratie zu errichten.

Die Konferenz habe gezeigt, daß "Demokratisierung" nicht nur eine schöne Worthülse sei, sondern daß sie sich auch in der Praxis zu regen beginne. Die *Prawda* habe beispielsweise zu diesem Thema 75.000 Briefe aus allen Teilen der Bevölkerung erhalten. Außerdem seien die Delegierten bei der Konferenz diesmal nicht nur als Jubel-Abstimmer aufgetreten, sondern hätten sich mit einer Fülle von Anregungen und Kritiken zu Worte gemeldet, die z.T. äußerst "scharf und pfeffrig" gewesen seien. Auch sei es zu Wortgefechten zwischen Gorbatschow und einem Abgeordneten gekommen sowie zu einer heftigen Debatte zwischen Yeltsin und Ligachev. Zu guter Letzt habe die Konferenz sechs Resolutionen über den Umbau (Perestroika) angenommen.

Am Rande der Konferenz drückte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die Hoffnung aus, daß die Reformanstrengungen Gorbatschows von Erfolg gekrönt sein mögen.⁶ Wogegen die UdSSR-Führung heute kämpfe, seien "Bürokratismus, Dogmatismus und Konservatismus". Es gehe um Beseitigung der "tief verwurzelten alten ökonomischen und politischen Strukturen". Auch der "gesamte Wirtschaftsmechanismus, einschl. der Preise, der Kredite und der Materialversorgung", müßten vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Bei der Reform der politischen Struktur gehe es darum, alle "Erscheinungen des Perso-

nenkults, der Bürokratie und der Nichtbeteiligung des Volkes an der Staatsmacht auszuschalten, des weiteren die Amtszeit der Partei- und Regierungskader zu begrenzen, auf allen Ebenen das Rechtssystem zu perfektionieren und vor allem zwischen den Partei- und Regierungsfunktionen einen Trennungsstrich zu ziehen".⁷ Auch in der Außenpolitik setze sich ein "neues Denken" durch.

Weitere Themen, die auf der Konferenz debattiert wurden, waren die Zulassung von Oppositionsparteien (abgelehnt), die offene Auseinandersetzung mit historischen Tabus, das Anfassen heißer Themen auch im ideologischen Bereich sowie die Neugestaltung des Pressewesens und des Pressestils.⁸ Hier handelt es sich in der Tat um "heiße Eisen", mit denen es auch in China nicht so recht vorangeht, und deren Einzelheiten deshalb nicht näher angesprochen wurden - Tabus hier wie dort!

Zieht man all diese Erörterungen der chinesischen Seite in Betracht, so drängt sich eine doppelte Schlußfolgerung auf: Die chinesischen Kommentatoren sind, erstens, höchst angetan von den Gorbatschowschen Reformen, die sie insgeheim als eine Nachahmung des chinesischen Modells empfinden, und sie benutzen, zweitens, ihre Kommentare zu den Vorgängen in der Sowjetunion als Alibi für Botschaften an die Adresse "konservativer" chinesischer Politiker.

3.4.

Personaländerungen

Erfreut zeigte sich Beijing auch über personelle Änderungen, die den Anteil der Reformer innerhalb der sowjetischen Führungsspitze erhöht haben. Dies geschah am 30.September bei einem in aller Eile zusammengerufenen ZK-Plenum der KPdSU und einer Sondersitzung des Obersten Sowjets am 1.Oktober. Dabei habe der "hochbetagte" Gromyko beschlossen, seinen Sitz im Politbüro für das Amt des Staatspräsidenten aufzugeben und es Michael Gorbatschow zu überlassen. Vier weitere Spitzenleute wurden ebenfalls aus ihren Ämtern entfernt, während fünf "Neulinge" ins Politbüro oder ins Sekretariat der KPdSU aufstiegen. Ähnliche Verschiebungen gab es innerhalb der Regierung. Aus chinesischer Sicht war dies ein wichtiger Schritt, um die Politik der Umgestaltung (Perestroika) zu verwirklichen.⁹

Durch die Umwandlung sei die Zahl der Politbüromitglieder von 13 auf 12 und ihr Durchschnittsalter von 66,5 auf 62,3 Jahre gesunken. Aus der Breschnew-Ära seien nur noch die Politbüromitglieder Gorbatschow und Wladimir Schtscherbitski übriggeblieben. Alle übrigen 18 Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats seien nach dem Tode von Breschnew gewählt worden. Igor Ligatschew, zweiter Mann in der KPdSU, der als Reformgegner gilt, werde "nicht länger über die ideologische Arbeit des machtvollen ZK-Sekretariats präsidieren, sondern sich auf Probleme der Landwirtschaft konzentrieren".

In Zukunft könne Gorbatschow "über alle wichtigen Fragen in der Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik entscheiden". Dies werde die "Reformpolitik erheblich erleichtern".

4.

Vier Gründe, warum den Chinesen Reformen weniger schwerfallen als den Sowjets

In beiden Gesellschaften besteht erheblicher Widerstand von Seiten "konservativer" Kräfte gegen reformerische Bemühungen. In der UdSSR scheint dieser Gegendruck allerdings noch wesentlich stärker zu sein als in China; gibt es doch unter der älteren chinesischen Führungsgeneration noch zahlreiche Augenzeugen der früheren "kapitalistischen" Zustände in Shanghai, Tianjin oder in einer der anderen wohlhabenderen Küstenstädte, während in der Sowjetunion heute niemand mehr am Ruder sitzt, der in seiner Jugend aus eigener Anschauung die "alte Gesellschaft" kennengelernt hätte.

Ferner hatten die chinesischen Reformen die Möglichkeit, mit ihren Experimenten zunächst einmal auf dem Dorf anzusetzen, wo die Vorteile für den einzelnen Bauern unmittelbar sichtbar zu sein pflegten. Bis 1979 hatten die Bauern kollektiv unter einheitlichem LPG-Kommando arbeiten müssen und waren dafür egalitaristisch entlohnt worden, so daß es keine Leistungsanreize gab.

Mit der Einführung von Leistungsträgern zwischen Kollektiv und Einzelhaushalt, vor allem aber mit Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte, verbesserte sich die Lage schlagartig - vor allem zugunsten

der Bauern in den Einzugsbereichen der großen Städte. Das Ergebnis läßt sich deutlich an Vergleichen zwischen den ländlichen Sozialprodukten von 1978 und von 1986 ablesen: 1978 lag es bei 2 Billion Yuan, 1986 dagegen bei 7,5 Billion.¹⁰ Dieser beeindruckende Erfolg, der sich den Bauernhaushalten Chinas freilich nicht gleichmäßig mitteilte, sondern der wenigen Regionen - vor allem im Einzugsbereich des Yangzi - ganz besonders zugute kam, wirkte so stimulierend, daß das ZK guten Gewissens im Oktober 1984 seinen Zehn-Punkte-Beschluß für die Industrie und für die Städte erlassen konnte, in dem das ländliche Vorbild zur Nachahmung empfohlen wurde.

Eine solche Vorgehensweise wäre in der Sowjetunion indiskutabel gewesen: Zum einen ist hier das stalinische Schwerindustriedenken nach wie vor vorherrschend, zum anderen machen die Bauern in der Sowjetunion nur 20% der Bevölkerung aus, können also unmöglich jene Zugkraft entfalten, wie sie dem chinesischen Bauern, der ja immerhin 80% der Bevölkerung stellt, eigen ist. Mit den Reformbemühungen sofort bei der Industrie einzusetzen, bedeutet aber ein ungleich schwierigeres Hindernis als der chinesische "Umweg" über die Landwirtschaft!

Und noch in einem dritten Punkt haben die sowjetischen Reformen eine höhere Hürde zu nehmen als ihre chinesischen Gesinnungsgenossen. Solange nämlich die Sowjetunion bis zu 14% ihres BSP (Bundesrepublik Deutschland 3%) für militärische Zwecke ausgibt,¹¹ muß die Leichtindustrie nachhinken.

1973 hatte China zwar auch noch 13% seines BSP für Militärzwecke ausgegeben, doch konnte es diesen Anteil bis 1983 auf 8,6% zurückschrauben und liegt heutzutage bei 6-7%. Dazu hat nicht zuletzt auch die Demobilisierung von einer Million Soldaten beigetragen.

Begünstigt wurde dieser Reduzierungserfolg nicht nur durch das gewaltige persönliche Prestige Dengs, sondern auch durch die Einsicht unter den meisten ZK-Mitgliedern, daß nach dem Fehlschlag der kulturrevolutionären Politik eine grundlegende Umkehr unvermeidlich sei, und daß nicht nur innen- und außenpolitische, sondern

auch militärpolitische Konsequenzen zu ziehen seien. Überdies erwies sich der Reduzierungsbeschluß bei der Bevölkerung als äußerst populär.

An dieser Stelle zeigt es sich übrigens, daß die Kulturrevolution durchaus auch positive Wirkungen auslösen konnte, insofern sie ganz neue Denkansätze gab. Eine Kulturrevolution oder ein Ereignis von auch nur annäherndem Ausmaß hat es in der Sowjetunion in den letzten Jahren nicht gegeben, weshalb dort bei den etablierten Funktionären auch leicht die Frage aufkommen kann, warum man denn eine Politik, die doch bisher ganz gut funktioniert habe, nun plötzlich über den Haufen werfen solle!?

Noch ein vierter Grund läßt Reformen in China akzeptabler erscheinen als in der Sowjetunion: Hat man hier doch unmittelbar vor der Haustür einige höchst erfolgreiche Gesellschaften (Japan, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur), die alle nach dem gleichen metakonfuzianischen Wertesystem strukturiert sind und deren - uneingestanden - Vorbildrolle deshalb als nachahmbar erscheint. Etwas Vergleichbares hat die Sowjetunion nicht aufzuweisen!

5.

Beurteilung der Chancen des sowjetischen Reformkurses

Eine Bewertung der Chancen des Reformkonzepts erinnert an entsprechende Einschätzungen zu Hause in der VR China. Bemerkungen, die dort allerdings nur in Watte verpackt erscheinen können, werden hier - im Zusammenhang mit der Sowjetunion - wesentlich unverblümt vorgetragen. Es gebe auch in der Sowjetunion noch viele Hindernisse, die sowohl von "konservativer" als auch von "linker" Seite vorgetragen würden: Die Konservativen wehrten sich nach Kräften gegen alle Neuerungen, während die "Linken" die Reform allzu schnell und ungeduldig durchpeitschen wollten. "Konservativ" seien sowohl breite Führungsschichten als auch Teile der Bevölkerung. Kader der verschiedenen Ebenen fürchteten um ihre Privilegien, die vermutlich verlorengingen, sobald sich das neue System durchsetzt. Vor Wahlen aller Art hätten vor allem korrupte Kader Angst. Aus diesem Grunde versuchten sie mit allen erdenklichen Tricks, den Reformern gegenüber zwar Lippenbekenntnisse abzugeben, die Praxis aber "leerlaufen" zu lassen.

Auch zahlreiche "Werkstätige" zeigten den Reformen gegenüber Skepsis; hätten sie doch jahrelang zu hören bekommen, daß in der Sowjetunion alles zum besten stünde: Es gebe hier keine Sorgen um das tägliche Brot, keiner brauche auf der Straße zu schlafen, es gebe keine Arbeitslosigkeit, und die Arbeit sei eine Freude - wozu also noch eine Reform!? Ideologisch seien die Menschen noch allzu sehr den Denkmodellen der dreißiger und vierziger Jahre verpflichtet. Überdies gebe es zahlreiche Intellektuelle, die befürchteten, daß bei Durchführung der Reformen die sozialistischen Grundlagen des Landes zerstört würden. Hier gebe es noch eine Menge von Vorurteilen aus dem Wege zu räumen: Liest man diese Argumente, so scheinen sie mehr noch an die chinesische, als an die sowjetische Adresse gerichtet!

Auch eine typische Intellektuellenkritik aus der Zeitung *Sovietskaya Rossya* vom 13. März 1988 wird zitiert. Sie stammte aus der Feder einer Pädagogin, die befürchtete, daß der neue Gorbatschow-Weg vom Sozialismus überkommener Prägung abweiche. Dieser Brief wurde von zahlreichen sowjetischen Zeitungen als "Manifest gegen die Reform" angegriffen, u.a. von der *Prawda* am 5. April 1988. Daraufhin veröffentlichte die *Sovietskaya Rossya* am 15. April einen Leitartikel, in dem sie die Veröffentlichung des Briefes bedauert. Die Kontroverse wurde von chinesischer Seite aufmerksam verfolgt und das Endergebnis belächelt.¹²

Auch die Rückschau auf "70 Jahre Oktoberrevolution" diente chinesischen Beobachtern als Anlaß zur eigenen Nabelschau. Die Parallelen werden so eng gezogen, daß der Leser den Eindruck bekommt, der Kommentar betreffe eher die chinesische als die sowjetische Entwicklung:

- Da ist erstens der Rückblick auf eine leidvolle Vergangenheit: Der Sowjetunion sei nichts, aber auch gar nichts erspart geblieben: weder der Bürgerkrieg, noch die Verfolgung zahlreicher unschuldiger und angeblich "konterrevolutionärer" Kader in den dreißiger Jahren, noch die ausländische Intervention (vor allem in Form des Zweiten Weltkriegs), noch der Konservatismus einer Reihe von Politikern, der seinerseits Stagnation in der gesell-

schaftlichen Entwicklung, vor allem aber in der Wirtschaftsproduktion, verursacht habe: Fühlt man sich hier nicht sogleich an Parallelen in China erinnert!¹³

- Sodann wird auf die positive Einschätzung des XX. Parteitags der KPdSU i.J. 1956 durch Gorbatschow hingewiesen. Dieser Kongreß habe grundsätzlich die richtigen Analysen und Therapien ausgearbeitet, die jedoch nachträglich durch den Verrat Chruschtschows nicht umgesetzt worden seien. Auch hier gibt es eine Parallele zu China: Gemeint ist nämlich der VIII. Parteitag, der ebenfalls 1956 stattfand, und dessen Ergebnisse gleichfalls nachträglich verwässert, ja in ihr Gegenteil verkehrt wurden - hier in China durch Mao Zedong!

- Ein dritter Analogismus zeigt sich bei den "Schlußfolgerungen". Gorbatschow führte aus, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung sich durchaus bewährt habe, daß man sich aber weiterhin um die "Vervollkommnung des sozialistischen Systems" bemühen müsse, da sich dieser Prozeß nicht von selbst vollziehe. Vor allem müßten die Werkstätigen zu mehr Initiative und Leistung motiviert werden. Die gegenwärtigen Reformen seien eine Art "zweiter Revolution nach der Oktoberrevolution".

Ähnliche Formulierungen gibt es fast wortwörtlich auch in China. Das 3. Plenum des XI. ZK (Dezember 1978) wird hier ebenfalls als zweite Revolution (nach 1949) empfunden. Außerdem heißt es auch hier dauernd, daß der Sozialismus keineswegs abgeschafft, sondern vielmehr perfektioniert werden solle, und auch hier wird der Hauptakzent auf verstärkte Initiative und Leistung gelegt.

Letztlich verhalte es sich mit Perestroika-Anstrengungen in der UdSSR ähnlich wie mit den Reformen in China: Sie lägen im Trend der Zeit und entsprächen den "Wünschen des Volkes".¹⁴

Anmerkungen:

- 1) BRe, 6.7.87, S.23.
- 2) RMRB, 3.7.88.
- 3) BRu 1987, Nr.38, S.25 ff.
- 4) So dargestellt in BRu 1988, Nr.2, S.31 ff.
- 5) RMRB, 3.7.88.
- 6) XNA, 1.7.88.
- 7) XNA, 29.6.88.
- 8) XNA, 3.7.88.
- 9) XNA, 4.10.88.
- 10) BRu 1987, Nr.44, S.31.
- 11) So FAZ, 2.11.88.
- 12) BRu 1988, Nr.18, S.24 f.
- 13) BRu 1987, Nr.46, S.12 f.
- 14) XNA, 26.9.88.